Erscheint 6 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis durch Träger einschl. 30 Pfg. bzw. 40 Pfg. Trägerlohn 1,70; durch die Post 1,70 einschließlich Postübermittlungsgebühr, zuzüglich 36 Pfg. Post-Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg., die Sonnabend-, Sonntag- und Festtagnummer 20 Pfg.

Nummer 258 — 34. Jahrg.

Verlagsort Dresden.
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 6 Pfg.; für Familienanzeigen 5 Pfg.
Für Platzwünsche können wir keine Gewähr leisten.

Sächsische Volkszeitung

Schriftleitung: Dresden-A., Pollerstr. 17, Fernruf 20711 u. 21013
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei und Verlag Th. und G. Winkel, Pollerstraße 17, Fernruf 21013, Postscheck: Nr. 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94787

Donnerstag, 7. November 1935

Im Falle von höherer Gewalt, Krieg, einstreitender Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Werbungtreibende keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden.

Italienische Patrouillen in Makalle

Die Stadt von den Abessiniern geräumt

(Funkspruch des Kriegsberichterstatters des DNB.)

Asmara, 6. Nov.

Italienische Eingeborenen-Patrouillen sind am Dienstagabend in Makalle eingedrungen. Sie fanden die Stadt von abessinischen Truppen geräumt.

•

Ausdehnung der italienischen Vormarschpause

um einen weiteren Tag.

Rom, 6. November.

Nach den Frontberichten der römischen Morgenpresse muß mit einer Verlängerung der Pause bis zur Wiederaufnahme des Vormarsches um einen weiteren Tag gerechnet werden. Die Abessinier leisten angeblich so gut wie keinen Widerstand und weichen jedem Gefecht aus, was auf italienischer Seite einige Beunruhigung hinsichtlich der feindlichen Absichten hervorgerufen hat. Trotz der Zwischenpause, die zur Heranschaffung weiteren Kriegsgeräts und Befestigung der erworbenen Stellungen dient, wird übereinstimmend von einer sehr regen Patrouillentätigkeit bis in die unmittelbare Nähe von Makalle berichtet. Auch diese Patrouillen, die durch Flugzeuge mit Nahrungsmitteln und Munition versehen werden, scheinen bis jetzt in keine größeren Kampfhandlungen verwickelt worden zu sein. Dagegen wird von dem rechten Flügel der italienischen Front ein überraschender abessinischer Angriff gemeldet, der jedoch zurückgeschlagen werden konnte.

•

Dringliche Kabinettssitzung in London

London, 6. Nov.

Daily Mail und Daily Expreß veröffentlichen sensationell aufgemachte Meldungen, wonach am Dienstagabend plötzlich eine dringliche Sitzung des Kabinetts abgehalten worden sei. In dieser Sitzung sei die Möglichkeit von Schritten zur Erleichterung der englisch-italienischen Spannung erörtert worden. Veranlassung für die Zusammenkunft der Minister habe ein Bericht des britischen Botschafters in Rom gegeben.

Die großen konservativen Blätter melden über eine solche Ministerbesprechung nichts.

Das neue Friedenswerk mit Polen

Während man in Genf dazu rüstet, die gegen Italien beschlossenen Sanktionen in Kraft treten zu lassen und damit dem Welthandel nach den ersten Belebungserscheinungen erneuten schweren Schaden zuzufügen, hat Deutschland mit seinem polnischen Nachbarn einen bedeutsamen Vertrag abgeschlossen, der geeignet ist, die zwischen den beiden Staaten seit einiger Zeit bestehenden freundschaftlichen Beziehungen nun auch auf wirtschaftlichem Gebiet weiter zu untermauern. Es sind noch nicht einmal zwei Jahre vergangen, seitdem das Friedenswerk zwischen den beiden Ländern mit dem Abschluß des zunächst für zehn Jahre geltenden Nichtangriffspaktes begonnen wurde. Die zahlreichen Skeptiker, die damals auf beiden Seiten auftraten, wurden bald eines besseren belehrt, als schon wenige Wochen danach ein Abkommen die Beendigung des langjährigen Zoll- und Wirtschaftskrieges herbeiführte. Zehn Jahre Zollkrieg, in dessen Verlauf alle nur möglichen wirtschaftlichen Kampfmittel zur Anwendung gebracht wurden, lassen sich nicht von heute auf morgen liquidieren. Deshalb wurde damals auch nur festgestellt, daß der anormale Zustand der Wirtschaftsbeziehungen zu beenden sei und die Grundlagen für den weiteren Ausbau des Handelsverkehrs geschaffen werden müßten. Die diesem Zweck dienenden langwierigen Arbeiten sind mit dem jetzt zum Abschluß gebrachten deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrage in ihren wesentlichsten Teilen beendet worden. Mit ihm werden die bedeutendsten Schranken, die einer Ausweitung des Handelsverkehrs bisher noch im Wege standen, niedergelegt und die wirtschaftlichen Beziehungen in Bahnen geleitet, in denen sie sich zum Nutzen beider Länder auswirken können.

Aus diesen Erwägungen geht schon hervor, daß man nicht allein die wirtschaftliche Seite betrachten darf, wenn man die Bedeutung des neuen Abkommens in vollem Umfange würdigen will. Von nicht geringerer Wichtigkeit sind die Auswirkungen auf politischem Gebiet. Es ist ein unnatürlicher Zustand, wenn zwei benachbarte Staaten, die eine ausgedehnte gemeinsame Grenze und gute wirtschaftliche Ergänzungsmöglichkeiten besitzen, sich in Unfrieden oder gar im Handelskrieg gegenüberstehen. Der jetzt vorliegende Wirtschaftsvertrag stellt deshalb gleichzeitig auch einen weiteren bedeutsamen Schritt in der Richtung auf eine Festigung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten und damit auch des europäischen Friedens dar. Angesichts der großen Schwierigkeiten die zu überwinden waren — es sei in diesem Zusammenhange nur an die in beiden Ländern bestehenden strengen Devisenbestimmungen, die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Strukturwandlungen der nationalen Wirtschaften erinnert —, war sowohl auf deutscher wie auch auf polnischer Seite ein großes Maß von Takt und Verständnis notwendig, um alle gefahrdrohenden Klippen zu überwinden. Der Abschluß des Vertrages ist gerade auch deshalb besonders zu begrüßen, weil er in eine Zeit fällt, in der sich Polen bemüht, von dem bevormundenden Einfluß des französischen Kapitals frei zu werden, die im eigenen Lande schlummernden wirtschaftlichen Kräfte in möglichst großem Umfange zu wecken und sich nach geeigneten Handelspartnern umzusehen. Wie stark das Interesse ist, das der polnischen Wirtschaft beispielsweise von England entgegengebracht wird, geht aus dem Besuche einer britischen Wirtschaftsdelegation hervor, die am 3. November in Warschau eingetroffen ist und in deren Mitte sich sogar ein Vertreter der englischen Regierung befindet. Die Engländer sind dabei in der glücklichen Lage, dem polnischen Partner auf Grund ihrer umfangreichen Kapitalreserven im Hinblick auf notwendig werdende Kredite weitgehend entgegenzukommen, ein Vorteil, von dem das kapitalarme Polen natürlich gern Gebrauch macht. Außerdem sind den englischen Firmen keinerlei Beschränkungen durch irgendwelche Devisengesetzgebungen auferlegt und schließlich bildet auch die Tatsache, daß die englische Handelsbilanz mit Polen passiv ist, eine starke Anregung für den Warenbezug aus England. Bereits vor einiger Zeit hat Polen auch mit den Vereinigten Staaten einen Kompensationsvertrag abgeschlossen, in dessen Auswirkung vor kurzem eine polnisch-amerikanische Handelsgesellschaft in Warschau errichtet worden ist.

Unter diesen Umständen ist es daher besonders erfreulich, daß jetzt auch der Handel zwischen Deutschland und Polen von den größten Hemmnissen befreit worden ist. Durch den neuen Wirtschaftsvertrag tritt an die Stelle der bisher geltenden Kontingents-, Kompensations- und Einzelabkommen eine Neuregelung, nach welcher der gesamte Warenverkehr in einer Weise geregelt wird, die den Besonderheiten der beiden Länder weitgehend entspricht.

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten

Republikanische Mehrheit im Staate Newyork

Newyork, 6. Nov.

Die bisherigen Wahlergebnisse im Staate Newyork lassen erkennen, daß die Republikaner die im Jahre 1932 verlorene Mehrheit im Repräsentantenhaus des Staates wiedergewonnen haben. Das Stimmenverhältnis stellt sich auf 81 Republikaner zu 69 Demokraten gegenüber dem bisherigen Verhältnis von 76 Demokraten und 73 Republikanern.

Nur aus einem Wahlkreis steht das Ergebnis noch aus. Die Republikaner sehen in ihrem Sieg eine Niederlage des New Deal und eine Verurteilung der Politik Roosevelts, dies um so mehr, als der Generalpostmeister Farley die Wahlkampagne persönlich geleitet und die Bestätigung der New-Deal-Politik zur Kardinalfrage erhoben habe.

Der Wahltag verlief außer einigen unbedeutenden Zwischenfällen, die von radikalen Elementen verursacht wurden, infolge umfangreicher Polizeimaßnahmen ruhig.

Unabhängig von der Staatswahl trug die wohlorganisierte demokratische Parteimaschine in allen Wahlbezirken der Stadt Newyork den erwarteten Lokalsieg davon. Die Wiederwahl des jetzigen Bürgermeisters Laguardia im nächsten Jahr scheint dadurch in Frage gestellt zu sein.

Wenn auch die Niederlage bei der Wahl im Staate Newyork als enttäuschend für Roosevelt gelten muß, so läßt doch das Wahlergebnis kaum Schlüsse auf die Lage im Gesamtgebiet der Vereinigten Staaten und auf die im nächsten Jahre stattfindende Präsidentschaftswahl zu, da der Staat Newyork von jeher vorwiegend republikanisch gesinnt war.

Die Wahlergebnisse aus anderen Einzelstaaten bestätigen dies.

So waren die Demokraten in den landwirtschaftlich eingestellten Staaten Virginia und Mississippi, wie vorausgesehen, siegreich. In Philadelphia dagegen liegt der republikanische Bürgermeister weit in Führung, während die Kontrolle des Repräsentantenhauses im Staate New Jersey noch nicht entschieden ist. Die Stimmenzählung für die Gouverneurswahl in Kentucky, wo der Wahlkampf sehr heiß war, erfolgt erst am Mittwoch.

Präsident Roosevelt hat sich zur Abgabe seiner Stimme nach Hydepark begeben. Er ließ sich dort fortgesetzt über den Wahlverlauf berichten.

Der Streit um die franz. Notverordnungen

Laval bleibt fest.

Paris, 6. November.

Entgegen den Gerüchten von angeblichen Rücktrittsabsichten des französischen Ministerpräsidenten hat es den Anschein, als ob Laval den von verschiedenen Seiten gegen ihn vorgetragenen Angriffen mit aller Entschiedenheit entgegentreten wird.

Der Innenpolitiker des Echo de Paris, der gewöhnlich sehr gut unterrichtet ist, erklärt, Laval werde sich vor dem Finanzausschuß der Kammer nicht auf eine Zwischenlösung einlassen, sondern vom Ausschuß verlangen, die Abstimmung gegen die Notverordnungen wieder rückgängig zu machen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Malvy, sei auch sehr optimistisch und rechne bestimmt damit, daß der Zwischenfall zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt werde. Auf alle Fälle aber, so schreibt das Blatt weiter, werde vorher noch ein Ministerrat stattfinden, und es sei mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen,

daß sich alle Minister mit Laval solidarisch erklären würden.

Sollte jedoch wider Erwarten der Finanzausschuß auf seinem Standpunkt beharren, so sei es nicht ausgeschlossen, daß der Ministerpräsident bei den Kammerberatungen davon absehen werde, die Vertrauensfrage zu stellen, sondern es dem Senat überlassen wolle, die von der Kammer beschlossenen Abänderungen wieder richtigzustellen.

Starke Erhöhung der Verkaufsabgabe für Mineralöle in Italien

Mailand, 6. Nov. Durch ein in der „Gazetta Uffiziale" veröffentlichtes Gesetz ist die Verkaufsabgabe für Benzin und andere Mineralöle erneut erhöht worden. Sie beträgt für rohe Mineralöle nunmehr 185 Lire je Doppelzentner, für gewisse Transformatorenöle 190 Lire, für Petroleum 290 (bisher 150) Lire und für Benzin 361 (bisher 261) Lire. Diese Erhöhung der Verkaufsabgabe, die bei Benzin 100 Lire je Doppelzentner und bei Petroleum sogar 140 Lire beträgt, wird eine weitere bedeutende Steigerung der Treibstoffpreise mit sich bringen, nachdem erst zu Beginn des Monats September die Verkaufsabgabe für Benzin um 100 Lire und für Petroleum um 57 Lire heraufgesetzt worden war.

Zunahme der Oelausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Italien

Washington, 6. Nov. Nach einer Mitteilung des Handelsministeriums haben sich die Ausfuhrziffern für Oel und Oelerzeugnisse nach Italien erhöht. Daraus geht hervor, daß die amerikanische Oelindustrie trotz der Warnung Roosevelts die Geschäftsgelegenheit wahrnimmt. Aus den Golfhäfen wird eine seit Jahren nicht mehr erreichte Tätigkeit gemeldet, besonders aus New Orleans, wo auch die Ausfuhr von Baumwolle, Gasolin und Fett stark gestiegen ist.

Keine englische Anleihe an China

Tokio, 6. Nov. Halbamtlich wird auf Grund eines Berichtes des japanischen Botschafters Ari Yoshi aus Schanghai bestätigt, daß sowohl Nanking wie auch Leith-Roß die englische Sonderanleihe an China dementieren. In Japan erwartet man, daß England keine Sonderaktionen unternehmen wird ohne vorherige Verständigung mit Tokio. Japans Haltung gegenüber der Anleihefrage an China ist unverändert ablehnend. Man begründet diese Haltung damit, daß die bisherige Anleihepolitik der Nanking-Regierung China nur geschadet habe. Da Nanking die Währungsreform ohne fremde Anleihe durchführen wolle, werde Japan die Entwicklung abwarten.

Devisenkurier abgefaßt

Berlin, 6. November. Wie die Justizpressestelle Berlin mitteilt, hat die Zollfahndungsstelle für Berlin und Brandenburg wiederum einen holländischen Staatsangehörigen, den Kaufmann de Bries, der große Beträge von Deutschland nach Holland verschieben wollte, festgenommen und dem Richter vorgeführt. De Bries legte das Geständnis ab, derartige Devisenschiebungen schon häufig vorgenommen zu haben. Mit seiner Aburteilung im Schnellverfahren ist bereits in den nächsten Tagen zu rechnen.